Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil entl. 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 8. September 1926 — Nummer 198

Roßtäuscher-Politik

Ein Doppelspiel
zum Betrug an den sächsischen Arbeitern

Der Konflikt in der sächsischen SPD ist nicht zu Ende, so sehr auch die linken Führer sich bemühen, die Ausbreitung des Kampfes der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die 23 über den Rahmen der Partei hinaus zu verhindern und den Arbeitern einzureden versuchen, der Parteivorstand ist gegen die Renegaten. Die Lüge von der Gegnerschaft des Parteivorstandes zu den Altsozialisten hat wie alle Lügen kurze Beine. Erst vor kurzem konnten wir feststellen, daß der Parteivorstand mit den 23 ein Herz und eine Seele ist. Es handelt sich um das Schiedsgerichtsverfahren gegen Castan, bei dem der vom Parteivorstand eingesetzte „Unparteiische" der berüchtigte Kölner Polizeipräsident Jürgiebel, sich nicht nur sachlich auf den Standpunkt Castans stellte, sondern sich offen mit den Sachen solidarisierte. Diese Tatsache läßt sich auch nicht damit wegdiskutieren, indem die Linken die Angelegenheit Castan als Sonderfall hinstellen und das Verhalten Castans nicht im Rahmen der Politik und der Taten der Dreiundzwanzig betrachtet wissen wollen. In Wirklichkeit ist Castan einer der Schlimmsten aus dem Lager der Altsozialisten.

Das Interessanteste an dem Fall Castan jedoch ist, daß in dem Schiedsgericht, in dem der Vertreter des Parteivorstandes den Ausschlag gab, mit Hilfe der von Castan gestellten Beisitzer, **die schon nicht mehr Mitglieder der SPD waren**, wieder rehabilitiert wurde. Der eine der Beisitzer, Kuhl, war schon seit dem 7. Juli nicht mehr Mitglied der SPD und der andere, der Leipziger Hermann Siebold, war bereits seit 24. August Mitglied der ASPS geworden. Auf diese Weise wurde es möglich, daß die 23 Renegaten durch ihren Anhang unter Assistenz und Mithilfe des Parteivorstandes einen der übelsten Schreier ihrer Clique die Mitgliedschaft in der SPD erhalten haben, der dort für die weitere Zersetzung und Minierarbeit und die politischen Ziele der 23 tätig sein soll. Das „Sächsische Volksblatt" bringt am Dienstag eine Mitteilung, in der über diese politische Korruption und die Moral gewettert wird und aus der das ganze Ränkespiel politischer Gauner enthüllt wird, das zur Zeit in der sächsischen SPD als Auswirkung des Parteikonfliktes in Erscheinung tritt. In der Notiz des „Sächsischen Volksblattes", die auch in den anderen Parteiblättern der SPD die Runde macht, heißt es:

„Am Sonntag, den 29. August, fand unter dem Vorsitz des vom Parteivorstand ernannten Unparteiischen, Genossen Jürgiebel, das Verfahren in der **Ausschlußsache Castan** statt. An ihm nahm als Beisitzer des Beklagten der **Leipziger** Hermann Siebold **vom Steinarbeiterverband** teil. Jetzt ist uns von einem Zwickauer Mitglied des Steinarbeiterverbandes eine handschriftliche Postkarte des Siebold zugänglich geworden, die dieser **am Dienstag, den 24. August**, an die Zwickauer Verbandskollegen gerichtet hat. Die Karte ist nach dem 24. August 1926 gestempelt, ein Irrtum ist also ausgeschlossen. In dieser Karte schreibt Siebold fünf Tage, bevor er an einem Schiedsgericht der SPD verantwortlich teilnahm, folgendes:

„Gehörte **ich heute noch nicht zur ASPS, dann wäre Dein** Brief sicher **Veranlassung gewesen, sofort den Eintritt zu vollziehen.**"

Es steht sonach **zweifelsfrei fest, daß** Siebold zu einer Zeit, da er Mitglied **einer anderen**, gegen die SPD gegründeten Partei war, sich in die deutsche Sozialdemokratie hineingeschlichen hat, um Rechte auszuüben, die ihm nicht mehr zustanden. **Man nennt das schlicht deutsch: er hat sich des Betruges schuldig gemacht, er gehört also von Rechts wegen** vor den Strafrichter. Wir sind begierig, zu hören, was die ASPS dazu sagen wird, und **wir erwarten, daß** der Parteivorstand öffentlich zu diesem unerhörten Fall von politischer Korruption Stellung nehmen wird."

Jetzt schreien **nun die Linken** Zeter und Mordio, der vom Parteivorstand mit allen Ehren wieder aufgenommene Verräter müsse vor den Strafrichter, appellieren an das Ehrgefühl und die Moral der Altsozialisten und erwarten noch immer **vom Parteivorstand, daß** er zu dieser Schmach des **politischen Betruges, bei dem er selbst** die Hand im **Spiele hatte, Stellung nehmen werde,** um den „Betrogenen Linken" zu helfen.

Die linken Führer entpuppen sich auch jetzt wieder als die traurigen Politikanten, die gemeinsam mit dem Parteivorstand jenes **Doppelspiel mit verteilten Rollen** durchführen, das darauf hinausgeht, die Sozialfaschisten vor ihrer endgültigen Erledigung zu bewahren und die Linksentwicklung der **sozialdemokratischen Arbeiter aufzuhalten.** Die Roßtäuscher fühlen sich jetzt selbst als die „Betrogenen", nachdem alle ihre Verschleierungsmanöver Schiffbruch leiden und allen sozialdemokratischen Arbeitern klar wird, daß der Parteivorstand mit seinen Sympathien bei den Altsozialisten steht.

Mögen die linken Führer, die den Parteivorstand bisher für ihn reklamierten, noch so laut schreien, der Sachverhalt ist erledigt, für die SPD-Arbeiter ist er nicht bewiesen, im Gegenteil, der Kampf gegen die Renegaten hat nach dem Ausschluß der 23 seine Basis wesentlich erweitert. Dafür zeugen nicht nur die Vorgänge in den Gewerkschaften und Genossenschaften, dafür zeugen auch Erscheinungen im Reichsbanner, und die innerparteilichen Vorgänge, die gerade jetzt anläßlich der **bevorstehenden** Landtags- und Gemeinderatswahlen den Konflikt in der SPD aufs neue in Erscheinung treten lassen.

So wie beispielsweise bei der Aufstellung der Landtagskandidaten in Dresden der Weichensteller Dr. Sachs wieder nominiert wurde und von dem der „Volksstaat" gestern sagt, daß er ein politisches Chamäleon sei und in allen Farben schillert, ebenso werden in den einzelnen Gemeinden und Städten für die kommenden Gemeinderatswahlen die „verkappten" und vorläufig noch „parteitreuen Altsozialisten", die noch immer in der Partei verblieben sind, wieder als Kandidaten der Arbeiterschaft präsentiert. Eine Reihe von Beispielen ist dafür schon bekannt. Nach einer durchaus glaubwürdigen Information aus linkssozialdemokratischen Kreisen gehen die 23 bei ihrer Zersetzungsarbeit auf die raffinierteste Weise zu Wege, **indem sie ihre Anhänger im Lager der SPD angewiesen haben, sich auf die SPD-Liste aufstellen zu lassen, um dann in den Gemeinden die Trennung zu vollziehen und die Fraktion der Altsozialisten zu etablieren.** Tatsächlich sind auch in den verschiedensten Gemeinden und Ortsgruppen der SPD, in denen bisher schon die verkappten Anhänger der 23 als Gemeindeverordnete und Stadtverordnete tätig waren, wieder aufgestellt worden. Die Absicht der Altsozialisten ist offensichtlich. Nachdem die linken Führer die Arbeiter von einem ernsten und gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten in den Gewerkschaften gegen die Renegaten abgehalten haben und sich die Spitzen der Gewerkschaftsorganisationen, wie das Beispiel bei den Textilarbeitern zeigt, auf die Seite der Altsozialisten geschlagen haben, versucht man nunmehr, den Organisationsapparat der ASPS und den Einfluß in den einzelnen Orten dadurch zu erweitern, indem man mit den Methoden der politischen Gaunerei die parlamentarischen Stützpunkte erweitert. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß noch ein großer Teil der mit den Altsozialisten sympathisierenden SPD und Gewerkschaftsfunktionäre im geeigneten Zeitpunkt sich offen auf die Seite der Sozialfaschisten schlagen wird. Die Arbeiterschaft darf deshalb auf diese Betrugsmanöver nicht hineinfallen. Die beste Sicherung gegen neue Enttäuschungen liegt für die Arbeiterschaft darin, nicht nur bei den Landtagswahlen, sondern auch bei den kommenden Wahlen zu den Gemeindeparlamenten die Verräterpolitik der 23 und die Feigheit und das Doppelspiel der linken Führer zu quittieren, indem sich die Arbeiter geschlossen unter dem Banner der Kommunisten zusammenfinden.

Dorpmüllers Attentäter „gestehen"

Die gesamte bürgerliche Presse hat die nunmehr erfolgten „Geständnisse" der beiden „Attentäter", die angeblich das Eisenbahnattentat verübt haben sollen, mit Riesenüberschriften an den Mann gebracht. Die Reichsbahnverwaltung und Herr Dorpmüller reiben sich die Hände. Sie jubeln zu früh! Die öffentliche Meinung, die nicht mit den Herren der Dawesbahn paktiert, ist nicht geneigt, die phantastischen Angaben der beiden Verhafteten ohne weiteres hinzunehmen. So schreibt die „Rote Fahne":

„Herr Dorpmüller beeilt sich, sofort in ein Triumphgeheul einzustimmen und die Presse, die auf die skandalösen Verhältnisse bei der Reichsbahn hinwies, zu beschimpfen. Es ist notwendig, dieses anmaßende Auftreten der Dawesdirektion aufs schärfste zurückzuweisen. Erstens sind die phantastischen Erzählungen der zwei offenbar psychopathischen Gestalten aus dem Asyl für Obdachlose vorerst mit aller Vorsicht aufzunehmen, zweitens aber wird durch diese Meldungen in keiner Weise die von den Eisenbahnern und von vielen Fachleuten festgestellte Vernachlässigung und Schadhaftigkeit der Eisenbahnbetriebe, durch welche die Zahl der Eisenbahnunfälle ungeheuer gesteigert wurde, verdeckt. Wenn man bedenkt, daß selbst nach Angabe der zwei unglaubwürdigen „Attentäter" die Untat nur geschehen konnte, weil keine Streckenkontrolle mehr stattfindet, so ist es klar, daß die Verantwortung der Reichsbahndirektion für das Unglück auch dann nicht herabgemindert wird, wenn wirklich die merkwürdigen und abenteuerlichen Geschichten der zwei verhafteten Narren zum Teil auf Wahrheit beruhen sollten. Sehr verwässernd klingt auch die Erklärung der Reichseisenbahngesellschaft, daß sie „nach nunmehr einwandfrei festgestelltem Attentat trotzdem in der Entschädigungsfrage nicht nach rechtlichen Grundsätzen vorgehen will, sondern die Opfer und Hinterbliebenen entschädigen will." Wie gütig! Die Reichsbahndirektion hat gar keine Veranlassung, sich mit einer solchen Selbstverständlichkeit zu brüsten. Ihre Riesenschuld an den lebensgefährlichen Verkehrszuständen Deutschlands bleibt bestehen."

Neue Verhaftungen

Die Berliner Abendblätter melden, daß in der Leiterber Attentatsangelegenheit weitere Verhaftungen erfolgt sind. Der Bruder Willi Webers, der Kaufmann Walter Weber, ist in Hannover von der Polizei unter dem Verdacht der Mitwisserschaft verhaftet worden. Ferner wurden in Bielefeld ein abgebauter Eisenbahnbeamter und zwei Frauen, die „verdächtige Bemerkungen über das Attentat" (!) machten, festgenommen und am Dienstag nach Hannover gebracht. Selbst die bürgerlichen Abendblätter bezeichnen es als fraglich, ob diese Leute die „Mitwisser" in Betracht kommen können

Weitere Folgen der Dorpmüllerei
Der D-Zug Berlin—Zürich entgleist.

Pforzheim, 8. September. (Telunion.) Der D-Zug Berlin—Stuttgart—Zürich entgleiste heute abend bei der Einfahrt in den Bahnhof Osterburken. Die Lokomotive, die Packwagen und der erste Personenwagen sprangen aus dem Geleise. Da der Zug schon in verlangsamtem Tempo fuhr, wurden keine Reisenden verletzt. Der Materialschaden ist jedoch erheblich.

Organisiert den Kongreß der Werktätigen!

Die deutsche Arbeiterklasse steht am Anfang einer neuen Etappe der Entwicklung des Klassenkampfes. Die Demonstration am ersten Tage war der Auftakt zum Kongreß der Werktätigen, der zu Beginn des nahenden Hungerwinters das organisatorische Fundament für den Kampf der proletarischen Einheitsfront gegen das Rationalisierungselend schaffen soll. Noch in dieser Woche findet die konstituierende Sitzung statt, in der der vorbereitende Ausschuß für den Kongreß der Werktätigen gebildet wird.

Die sozialdemokratische Presse hat bisher für die Frage der Mobilisierung der Massen gegen die wachsende reaktionäre Gefahr, gegen das steigende wirtschaftliche Elend, für die Frage der Einigung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten nichts anderes übrig gehabt, als Hohn und Spott.

Das ist begreiflich. Denn der Kurs der SPD-Führer geht auf die Spaltung des Proletariats, auf die Unterstellung der Arbeitermassen, die den Reformisten noch folgen, unter das Kommando des Trustkapitals und seiner politischen Agenten. Wer das, durch die Scheinopposition der Marx-Regierung getäuscht, bisher nicht sehen wollte, dem mußten die Ereignisse der letzten Wochen die Augen öffnen. **Klar und deutlich wird der Kurs auf die Koalition mit der Bourgeoisie, auf die Unterdrückung der Arbeiteropposition innerhalb der SPD, auf die Verhinderung des Zusammenschlusses der arbeitenden Massen sichtbar.**

Es seien nur die wichtigsten Tatsachen angeführt.

Der Sozialdemokrat Breitscheid fährt als Vertreter **der Regierung Marx-Stresemann-Geßler** nach Genf. Es ist unbestritten, daß er in den Sitzungen der Völkerbundskommissionen, an denen er teilnehmen darf, den Standpunkt der Regierung Stresemann zu vertreten hat.

Die Instanzen der SPD haben sich mehrfach offen und entschieden **mit der „Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens" solidarisiert** zur selben Zeit, wo der Stahlhelmblock, zu dem sich die reaktionären Parteien geeinigt haben, eine Art wohlwollende Neutralität **für die ASPS** proklamiert. Der „Vorwärts" hat die Sozialfaschisten, die selbst von der sozialdemokratischen Presse Sachsens als Nationalsozialisten bezeichnet werden, „Genossen" genannt, sie gegen Ausschlußanträge in Schutz genommen, und zuletzt wurde offenbar auf Anweisung des Parteivorstandes **ein Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion** der 23 Ausgeschlossenen **wieder in die SPD aufgenommen.**

Schließlich hat Severing in einer Zeit, wo Tag für Tag neue Aufmärsche und Paraden der bewaffneten Organisationen der Reaktion gebildet werden, es für notwendig gefunden, eine **Gruppe des unbewaffneten Roten Frontkämpferbundes aufzulösen** und durch einen nur gegen die Arbeiterschaft gerichteten Erlaß die **reaktionären Polizeioffiziere** zu gewaltsamem Einschreiten **gegen Arbeiterdemonstrationen aufzuhetzen.**

Nimmt man hinzu, daß der „Vorwärts" und der Sozialdemokratische Pressedienst das Koalitionsangebot „unter Führung des Unternehmertums" und auf Grund des Unternehmerprogramms mit offen zur Schau getragener Befriedigung zur Kenntnis genommen haben, so kann kein Zweifel daran sein, daß die Führer der SPD in der jetzigen Etappe alles daransetzen werden, um den Eintritt in die Regierung unter allen Bedingungen, die man ihnen auferlegt, durchzusetzen.

Anderseits ist schon jetzt deutlich sichtbar, daß diese Politik **auf den heftigsten Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiterschaft** stößt. Der Kampf, den die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam mit den Kommunisten für den Ausschluß **der 23 sächsischen Renegaten aus den Gewerkschaften** führen, zeigt, was die SPD-Arbeiterschaft von der Solidarität des SPD-Parteivorstandes mit den Stahlhelmsozialisten hält. Die kritischen Töne einiger SPD-Blätter gegen den Völkerbund und gegen die Teilnahme eines Sozialdemokraten an der Delegation der Marx-Regierung sind ein Zeugnis dafür, daß der pazifistische Völkerbundschwindel bei der Masse der Arbeiterschaft nicht mehr wirkt, daß das **bolschewistische** Argument, die

Bezirksparteitag 1926

am 11. und 12. September 1926 im Volksheim, Dresden-Löbtau, Ebertplatz.

Beginn am Sonnabend, den 11. September 1926, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bericht der Bezirksleitung. Genosse M. Schneider.
2. Politische Lage. Genosse des ZK.
3. Lage in Sachsen; Landtags- und Gemeindeverordnetenwahlen. Genosse Renner.
4. Aufstellung der Landtagsliste.
5. Neuwahl der BL.
6. Anträge.

Stimmberechtigt sind die auf den Unterbezirks-Delegiertenkonferenzen gewählten Delegierten. Gäste haben nur mit Ausweis Zutritt. Ausweise sind im Parteibureau entgegenzunehmen. Bezirksleitung der KPD Ostsachsen.